

# Kommentare und Berichte

## Wieder in Deutschland

*„In solchen Zeiten der Unsicherheit bläst mancherorts der Instinkt zum Rückzug auf das Gewohnte, das Nationalstaatliche.“ - „Es kommt zu Spannungen, weil im allgemeinen jedes Volk sich selbst das nächste ist.“*

*Richard von Weizsäcker, Schwerin, 3. Oktober 1992)*

### I

Mord, Totschlag, Landfriedensbruch, Brandstiftung, Strafvereitelung, Billigung von Straftaten, unterlassene Hilfeleistung, die Verwendung von Kennzeichen und Parolen nazistischer Organisationen. . . Das Strafgesetzbuch offeriert eine Möglichkeit, die „Vorkommnisse“ in Hünxe, Hoyerswerda, Eberswalde, Lichtenhagen, Sachsenhausen und und und zu bewerten und auf entsprechende Weise mit den unterschiedlichen Beteiligten zu verfahren — von der Steine und Brandsätze werfenden Avantgarde über die sich vor Ort einfindende und applaudierende Erlebnisgesellschaft bis hin zu Untätigkeit verantwortenden polizeilichen Einsatzleitern. Entgegen anderslautender Erklärungen findet eine strafrechtliche Würdigung der inzwischen alltäglich gewordenen Ausländerhatz allenfalls begrenzt statt.

Der Umgang mit der Welle von Ausländerfeindschaft hätte einer bestimmten, durchaus simplen Regel zu folgen: daß nämlich, wo Menschenleben zielsicher gefährdet und auch ansonsten alle mögli-

chen Gesetze gebrochen werden, der Schutz der Menschen, die Unterbindung von Straftaten sowie die Verfolgung und Bestrafung der Täter oberste Priorität besitzt. Solange dies nicht geschieht — und es geschieht gar nicht, widerwillig, zu langsam - muß jeder gutgemeinte Versuch präventiver Resozialisierung, müssen die zahllosen Hinweise auf sich im Grunde selbst hassende Modernisierungsverlierer und auf im Zuge der Einheit erfahrene Kränkungen und Verletzungen das ohnehin zu weit verbreitete Verständnis für die nationalistischen Stoßtrupps noch erhöhen und als Ermunterung bei jenen ankommen, die aus der andernorts ausgegebenen Parole vom vollen Boot ihre Schlußfolgerungen ziehen.

Es gilt Trennlinien zu ziehen, sowohl gegenüber der organisierten Ausländerfeindschaft als auch gegenüber der diffusen Sympathisantenszene. Denn genau daran mangelt es: Überwege und Grenzgänger zwischen dem Rechtspopulismus und dem politischen Establishment fanden sich hierzulande beim Thema „Ausländer“ schon immer; heute ist kaum noch ein Grenzstreifen auszumachen.

### II

*Deutschland den Deutschen* - das ist eine zwar unfeine, im Grunde genommen aber völlig korrekte Wiedergabe des herrschenden deutschen Staatsverständnisses. Exakt von diesem Punkt ging das sich ständig verlängernde sogenannte *Versagen der Politik* in der „Ausländerfrage“ aus: Am Anfang steht die völkische Grundlegung des Staates.

Es wäre sinnlos zu leugnen, daß die existierende multikulturelle Gesellschaft mit Konfliktstoff reichlich gesegnet ist. Allein, man wird nicht einmal in die Nähe der

1) Tag der Deutschen Einheit 1992. Ansprache des Bundespräsidenten, in: „Bulletin“, 7. 10. 1992, S. 1002, 1003.

daraus entstehenden Probleme gelangen, sofern nicht die Verdrängungshöchstleistungen der Politik auf diesem Feld abgestellt sind, die schon damit beginnen, das eigentliche Ausmaß der „Schwierigkeiten“ zu benennen. Die politoffiziellen Hinweise auf den hohen Ausländeranteil in Deutschland sollen Eindruck schinden; verschwiegen wird, daß diese Zahlen sich einer beispiellos restriktiven Einbürgerungsgesetzgebung verdanken. „Würde man in der Bundesrepublik das französische oder schwedische Einbürgerungsverfahren übernehmen, dann“, so haben Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid ausgerechnet, „hätten mehr als 70% der Ausländer (in absoluten Zahlen 1990: 3 684 700) sofort das *Recht* auf einen deutschen Paß.“<sup>2)</sup> Die offizielle Ignoranz setzt sich fort hinsichtlich längst existierender Berechnungen über die Zahl an Einwanderern, die nötig sind, um zukünftig das bundesdeutsche Wohlstands- und Versorgungsniveau halten zu können.

Hierzu paßt, wenn mit unendlicher Dreistigkeit die staatsbildende ethnische Traditionslinie, jene unzweifelhaft deutsche Spezialität, zur westlichen Normalität umgedeutet wird. Den Versuch war es Wolfgang Schäuble wert: „Wir - die alten Staaten des alten Europa - sind klassische Nationalstaaten. Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem Volk.“<sup>3)</sup>

Verdrängungen dieser Art sind eine Sache. Die andere ist die, daß „die Politik“ die an der „Basis“ vorhandene und mit demoskopischen Weihen versehene Ausländerfeindschaft längst in ihr Kalkül einbezogen hat: sei es, weil ihr Einwände

gegen das völkische Grundanliegen partout nicht einfielen, sei es, daß sie Teile ihrer Kundschaft nicht verprellen möchte; weil der Ablenkungseffekt geschätzt wird, der in diesem Thema steckt und/oder der Bedarf an Integrationsformeln über der Eingliederung von 17 Millionen Neubürgern nicht eben geringer geworden ist. Indem sie sich aber auf das Thema in der geforderten Weise einläßt und „Verständnis“ aufbringt, verstrickt sie sich zunehmend in einem Dilemma: Weil es weder möglich noch wünschenswert ist, die multikulturelle Realität abzuschaffen, andererseits aber deren dem Staatsverständnis zuwiderlaufende Anerkennung offenbar unzumutbar ist, wachsen Bedürfnis und Bereitschaft, das „unten“ grassierende Ressentiment mit einem vorzeigbaren *symbolischen* Akt zu bedienen, nämlich der faktischen Abschaffung von Artikel 16 des Grundgesetzes.

### III

In der „Ausländerfrage“ wird dies die Dinge zum Schlechteren wenden. Weil Immigrationsdruck, der Bedarf an Einwanderern und die aus dem Zusammenleben erwachsenen Verunsicherungen und Spannungen auch ohne Artikel 16 nicht verschwinden und sich vermutlich nicht einmal spürbar verringern lassen, gleichzeitig das Projekt „innere Einheit“ so schnell nicht abgeschlossen sein wird, steigen Enttäuschung und Wut vorhersehbar. Doch auch ohne daß ein (mehr als wahrscheinliches) Eskalationsszenario einträte - die Abschaffung des Asylrechts würde auch so beträchtlichen Schaden anrichten, der mit dem Hinweis auf rechtsstaatliche Einbußen (weil Eingriffe beim Artikel 16 auf Rechtsweggarantie und Rückwirkungsverbot durchschlagen) nicht annähernd korrekt beziffert wäre.

Die Änderung des Grundgesetzes ist ein hochsymbolischer Akt mit entsprechenden Folgewirkungen für die politische Kultur: Sie besiegelte, was ohnehin von-statten geht — den Abbruch der bundesre-

2) Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1992, S. 334.

3) Wolfgang Schäuble im Januar 1989 auf einer Tagung zum „Asylrecht im europäischen Binnenmarkt“, zit. n. Ute Knight/Wolfgang Kowalsky, Deutschland nur den Deutschen? Die Ausländerfrage in Deutschland, Frankreich und den USA, Erlangen, Bonn, Wien 1992, S. 131.

publikanischen Entwicklungslinie und die *Wiederankunft in Deutschland*. In der Grundgesetzänderung vollzöge sich die Abschaffung der Bundesrepublik (alt) und die *nachgeholte, quasi-plebiszitäre Gründung* einer stärker als das Vorläufermodell deutsch-national zentrierten neuen Bundesrepublik.

Fataler als die Revision des Artikel 16 werden sich allerdings die vom Lehrstück Asyl ausgehenden Impulse auswirken, die zur Nachahmung geradezu einladen. Der Nachweis ist erbracht, daß sich die staatliche Lern- und Handlungsbereitschaft enorm beschleunigen läßt, sofern der aus angestautem Unmut erwachsende Protest nur völkisch grundiert ist. Auf diesem Weg kann die sattsam beklagte Kluft zwischen der politischen Klasse und ihren Klienten geschlossen werden, erfahren „die da oben“ ihre nationale Firmung und dürfen sich jene unten als Sieger der Geschichte wännen. In diesem Sinne ist die Asyldebatte und ihr mutmaßlicher Ausgang die erste Fortsetzung des schon die Vereinigung zum Naturereignis machenden Mechanismus, bei dem völkische Mobilisierung und Staatsmacht ineinandergreifen und sich gegenseitig vorwärts treiben. Und noch in den offiziellen Strategien gegen den ausländerfeindlichen Extremismus, der an der Schwelle zur Mehrheitsfähigkeit steht, vermögen die vorgeblich Bekämpften ihren Erfolg zu sehen: der Staat soll stärker werden, was dem gesunden Volksempfinden seit jeher Herzenssache war.

Die politische Neujustierung färbt ab auf die neudeutschen Beziehungen zur Außenwelt. Nicht nur Stilfragen sind berührt, wenn der zu den sensibleren Gemütern gezählte Präsident des Landes ausländischen Nörglern beibiegt, daß sie sich deutschen Prioritäten nolens volens zu fügen hätten, weil es schlimmer kommen könnte: „Wir sind heute ganz auf die Herstellung unserer inneren Einheit konzentriert. Außerhalb Deutschlands wird dies vielfach kritisch registriert. Man sorgt

sich, daß wir unsere internationalen Aufgaben vernachlässigen oder daß wir mit dem Vorrang unserer Vereinigungspolitik fremde Währungen beeinträchtigen. Doch gibt es hier in Wahrheit keine langfristigen Interessengegensätze. Würde uns Deutschen die Einheit mißlingen, so wären wir international keine Hilfe, sondern eine Belastung.“<sup>4)</sup>

#### IV

Auch ohne vollzogene Abschaffung des Asylgrundrechts auf dem Wege der Ergänzung hat sich im Zuge der Ausländerjagd das politische Koordinatensystem der Bundesrepublik verschoben. Alle etablierten Parteien sind nach rechts gewandert; die vergrößerte Distanz zwischen der SPD und den standorttreuen Grünen ist der FAZ Anlaß, für 1994 schon jetzt Entwarnung zu geben: „Setzte sich Engholm mit seinem Programm durch, wäre das für den Bund das Ende aller auf Mehrheiten links von der Mitte zielenden Strategien. Die Option Rot-Grün verschwände vom Horizont der Möglichkeiten.“<sup>5)</sup>

Gleichzeitig hat sich die Rangfolge der gesellschaftspolitischen Themen verändert; die „harten“ Fragen sind wieder da. Dies geht bis zur Wiederbelebung einer Liberalismus-Kritik, die nach dem Ausbleiben der 83er „Wende“ mehr oder weniger stillgelegt war. Das Unbehagen an der angeblich permissiven und damit suizidalen Gesellschaft hat wieder Konjunktur, etwa, wenn Herbert Kremp in Rostock-Lichtenhagen den „Ruf der ‚lonesome society‘“, den „Ruf der sich einsam Fühlenden“ hört, „die wie verzweifelt nach der Gegengewalt suchen“. Die Republik in ihrer gegenwärtigen Verfassung muß, so Kremp weiter, an dieser

4) Weizsäcker, a.a.O., S. 1001.

5) Eckhard Fuhr, *Erzwungener Kurswechsel*, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23. 9. 1992. Weiter heißt es: „Sie verschwände allerdings auch bei einer Niederlage Engholms, denn die brächte der SPD eine Führungskrise ein, die durchzustehen ihr schon personell schwerfallen würde.“

Herausforderung notgedrungen scheitern: „... immer ging es unter austauschbaren Feldzeichen um die Schlacht, nur um sie, um den insgeheimen Wunsch, im Bad der Gewalt abgekühlt, unterworfen und diszipliniert zu werden. Der liberale Staat gab auf diesen Anruf niemals eine Antwort.“<sup>6</sup>

Wenn die Unterkünfte von Flüchtlingen brennen, rückt die Politik zusammen. Die ganz große Koalition beim Asyl (eine noch größere unternahm einst unter Zuhilfenahme der SED den Versuch, Westberlin für „Asylanten“ dicht zu machen) ist das Gegenteil von dem, was geboten wäre - die Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses, die demonstrative Klarstellung, daß Menschen, die in diesem Lande leben, unabhängig von der „Volkszugehörigkeit“ zu schützen sind, und daß gerade jetzt eine Abschaffung des Asylrechts auf dem Wege der Grundgesetz-Ergänzung der größte anzunehmende politische Fehler wäre.

Eine politische Umkehr, die Korrektur jener derzeit vor allem aus der „Asylfrage“ Tempo ziehenden nationalistischen Drift, wäre im Grunde einfach. Denn der erste und größte Schritt bestünde in der Anerkennung der Tatsachen: daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist und dies im wohlverstandenen Eigeninteresse auch bleiben muß. Nur, mit der Zumutung *Selbstanerkennung* hat sich schon die „alte“ Bundesrepublik mehr als schwer getan, eine Behinderung, die - im Gegensatz zu manch Brauchbarem — auf dem Weg zur neuen, ganz anderen Republik nicht verloren gegangen ist. Was nur heißen kann: Um so dringlicher ist, ihr auf die Sprünge zu helfen.

Arthur Heinrich

## Eine neue Welt- erziehungsordnung?

Entwicklungstheorie und Entwicklungshilfepolitik befinden sich (spätestens) seit Ende der 80er Jahre in einer tiefen Krise<sup>1)</sup>. Ansätze, die auf eine Modernisierung nach westlichem Muster setzten, konnten ihre hochgesteckten Ansprüche empirisch nicht fruchtbar machen. Auch Theorien, die die Weltmarktabhängigkeit des Südens als Dreh- und Angelpunkt ihrer Analyse wählten, melden Erklärungsnotstand an.

Ausgeklügelte Begriffsapparate vermitteln den Mitgliedern der *scientific community* zwar das wohlige Gefühl von Vertrautheit mit der Materie. Die realen und äußerst unterschiedlichen Entwicklungsprozesse in der (als homogenes Gebilde nie existenten) Dritten Welt hingegen sind nicht einmal ansatzweise erfaßt, geschweige denn erklärt.

Der Fehlschlag der „großen Theorien“ führte bei manchem zur Nachdenklichkeit und Sprachlosigkeit, bei anderen zu Konvertitentum. „Von Europa lernen“ sollen die Entwicklungsländer einerseits — da stimmen rechts und links nun weitgehend überein. Andererseits aber wird ihnen *sustainable growth*, ein (je nach Übersetzungskunst) dauerhafter, nachhaltiger, ökologisch tragfähiger Entwicklungspfad anempfohlen - mithin das genaue Gegenteil dessen, was die Industrieländer bislang praktizierten. Und wie dieser neue Wachstumsweg jenseits nebulöser Formulierungen konkret aussehen könnte, hat bedauerlicherweise noch niemand verraten.

1) Siehe u. a. Andreas Boeckh, Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien, Bonn 1992, S. 110-130.

6) Herbert Kremp, Der Kaiser verliert das letzte Kleid, in: „Die Welt“, 19. 9. 1992.